

Herr Ralf Wieland
Präsident des Abgeordnetenhauses
Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

**European Platform
for Democratic Elections**
c/o
European Exchange gGmbH
Erkelenzdamm 59
10999 Berlin, Germany
Tel +49 30. 616 71 46 40
Fax +49 30. 616 71 46 44
info@epde.org

Berlin, den 26. März 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

am 11. November 2018 hat das Mitglied der AfD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, Herr Gunnar Norbert Lindemann, als internationaler Beobachter der Lokalwahlen in der von den illegalen militarisierten Separatistengruppen sogenannten „Volksrepublik Donezk“ teilgenommen. Bestimmte Gebiete der Region Donezk (CADR¹) werden von der ukrainischen Regierung als vorübergehend besetzte Gebiete klassifiziert² und von keinem UN-Mitgliedstaat anerkannt.

Herr Lindemann wurde in den lokalen und russischen Medien als Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin vorgestellt und gab eine positive Einschätzung der „Wahlen“ ab. Damit hat Herr Lindemann die lokale, die russische und die internationale Öffentlichkeit über die tatsächliche internationale Wahrnehmung der so genannten „Wahlen“ in den besetzten Gebieten der Ukraine getäuscht. Als Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin hat Herr Lindemann in irreführender Weise die Legitimität dieser „Wahlen“ und damit die Anerkennung der selbsternannten separatistischen Führung in der Region unterstützt.

Die EU erklärte die Wahlen als völkerrechtswidrig und illegal. Ferner betonte die EU, dass sie „die im Rahmen der Minsker Vereinbarungen eingegangenen Verpflichtungen untergraben und gegen die Souveränität und das Recht der Ukraine verstoßen“.³ Der damals amtierende OSZE-Vorsitzende, Enzo Moavero Milanesi, erklärte in einer Pressemitteilung, er sei „äußerst besorgt über die Ankündigung dieser „Wahlen“, die am 11. November in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk stattfinden sollen“ und fügte hinzu, dass „diese Entscheidung dem Buchstaben und Geist der Minsker Vereinbarungen widerspricht“.⁴

Darüber hinaus besagt der Verhaltenskodex für internationale Wahlbeobachter, dass „eine Organisation keine internationale Wahlbeobachtungsmission in ein Land entsenden sollte, wenn die Wahrscheinlichkeit besteht, dass ihre Anwesenheit dahingehend interpretiert wird,

¹ Certain Areas of the Donetsk Region, auf Ukrainisch - Окремі райони Донецької області (ОРДО)

² Siehe <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/254-VIII?lang=en>.

³ Siehe <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/12/10/ukraine-eu-adds-nine-persons-involved-in-elections-in-donetsk-people-s-republic-and-luhansk-people-s-republic-to-sanctions-list/>.

⁴ Siehe <https://www.osce.org/chairmanship/402440>.

dass sie einen eindeutig undemokratischen Wahlprozess legitimiert.“⁵ Das Verhalten von Herrn Lindemann stand in deutlichem Gegensatz zu diesen Regeln.

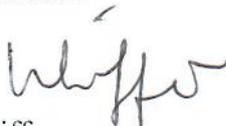
Das Sekretariat der EPDE bittet Sie aufzuklären:

- Hat der Abgeordnete Lindemann das Abgeordnetenhaus von Berlin über seine Absicht informiert, die „Wahlen“ in bestimmten Gebieten der Region Donezk (CADR) zu beobachten? Wie war die offizielle Reaktion des Abgeordnetenhauses von Berlin darauf?
- Beabsichtigt das Abgeordnetenhaus von Berlin zu untersuchen, ob der Abgeordnete Lindemann eine offizielle Erlaubnis der ukrainischen Behörden zur Einreise in bestimmte Gebiete der Region Donezk (CADR) erhalten hat?
- Hat der genannte Abgeordnete das Abgeordnetenhaus von Berlin darüber informiert, welche Person oder Institution seine Beobachtungstätigkeit organisiert bzw. finanziert hat?
- Wie beabsichtigt das Abgeordnetenhaus von Berlin, das Verhalten des Abgeordneten Lindemann zu untersuchen und zu prüfen, ob er möglicherweise gegen die Verhaltensregeln für Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin verstoßen hat?

Die Europäische Plattform für demokratische Wahlen (EPDE) ist eine zivilgesellschaftliche Initiative von 14 europäischen Wahlbeobachtungsorganisationen mit einem Sekretariat in Berlin. Seit 2016 untersucht EPDE kontinuierlich das Phänomen der politisch motivierten internationalen Wahlbeobachtung, die zum Ziel hat, Desinformation über die Qualität und Legitimität von Wahlen in die lokale und internationale Öffentlichkeit zu verbreiten, Wahlbetrug zu vertuschen, die Wahlabläufe in autoritären Staaten zu beschönigen und den Einfluss von glaubwürdigen internationalen Wahlbeobachtungsmissionen und von unabhängigen zivilgesellschaftlichen Wahlbeobachtern zu schwächen.

Für Ihre Antwort bedanken wir uns im Voraus.

Mit besten Grüßen



Stefanie Schiffer
EPDE Vorsitzende

--

Anhang:

- EPDE Broschüre “Politically biased election observation—a threat to the integrity of international institutions”.

⁵ Siehe <https://www.osce.org/odihr/16935?download=true>, Seite 4.